

Datenschutzerklärung

I. Allgemeine Informationen

Der Verantwortliche im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist das:

Bundesverfassungsgericht

Schlossbezirk 3

76131 Karlsruhe

Telefon: +49 (721) 9101-0

Telefax: +49 (721) 9101-382

E-Mail: E-Mail: bverfg@bundesverfassungsgericht.de

Unsere Datenschutzbeauftragte erreichen Sie wie folgt:

Bundesverfassungsgericht

- **Die Datenschutzbeauftragte** -

Postfach 1771

76006 Karlsruhe

Telefon: +49 (721) 9101-0

Telefax: +49 (721) 9101-382

E-Mail: E-Mail: datenschutz@bundesverfassungsgericht.de

II. Personenbezogene Daten, die verarbeitet werden, Zwecke, Rechtsgrundlagen und Speicherfristen

1. Anmeldeverfahren

Die im Rahmen der Anmeldung für den Tag der offenen Tür erhobenen personenbezogenen Daten (Anrede, Name, Vorname, Geburtsdatum, E-Mailadresse, gewählter Zeitslot) verarbeitet das Bundesverfassungsgericht zum Zwecke der Durchführung des Anmeldeverfahrens, für die Übersendung des Tickets sowie die Vorbereitung Ihres Besuchs der Veranstaltung. Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e DSGVO i. V. m. § 3 BDSG.

Ihr Name, Vorname sowie Ihr Geburtsdatum werden aus Gründen der Sicherheit zur Überprüfung an die Bundespolizei weitergeleitet. Rechtsgrundlage hierfür ist neben Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e DSGVO i. V. m. §§ 5, 29 BPolG auch Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. d DSGVO.

Die im Rahmen des Anmeldeverfahrens verarbeiteten Daten werden spätestens 14 Tage nach Durchführung der Veranstaltung gelöscht. Die Bundespolizei löscht die Daten unverzüglich nach dem Ende der Veranstaltung.

2. Besuch der Webseite und Registrierung, E-Mail-Versand

Bei jedem Aufruf dieser Website, beim Absenden des Registrierungsformulars und beim Versand von E-Mails an Sie werden automatisiert die folgenden Informationen erfasst und in Logfiles gespeichert.

Neben den Logfiles wird die IP-Adresse ferner zum Zwecke der Auslieferung der Webseite an die Nutzenden gespeichert. Ebenfalls zum Zwecke der Bereitstellung der Webseite werden beim Aufruf temporäre Cookies gesetzt.

Die gespeicherten Daten in den Logfiles unterscheiden sich je nach technischem Vorgang. Ebenso unterscheiden sich die Lösungsfristen zwischen Cookies und Logfiles. Im Einzelnen:

1. Cookies: Zur Bedienung des Internetauftritts setzen wir Cookies und serverseitige Sessions ein, in denen Daten die Session ID gespeichert werden. Cookies dienen dabei zur Erkennung der Identität der Sitzung. Cookies sind Dateien, die von einer Webseite auf Ihrer Festplatte abgelegt werden, um diesen Computer beim nächsten Webseitenaufruf automatisch wieder zu erkennen. Die verwendeten Cookies werden nach dem Ende der Browser-Sitzung wieder gelöscht. Dabei handelt es sich um sogenannte Sitzungs-Cookies, die technisch notwendig sind, um yve zu nutzen.

2. Server-Logs: Bei jedem Aufruf der Webseite und bei jeder verschickten Email wird ein Eintrag im Server Log erstellt. Server Logs werden 30 Tage gespeichert, danach werden diese automatisch

gelöscht. Die Speicherung in Logfiles erfolgt zum Zwecke der Erhaltung der Sicherheit der informationstechnischen Systeme. Folgende Informationen werden in den Server Logs gespeichert:

a. Web-Request:

- i. Datum und Uhrzeit des Abrufs bzw. der Nutzung eines Dienstes (Zeitstempel)
- ii. Anfragedetails und Zieladresse (Protokollversion, HTTP-Methode, UserAgent-String, Aufgerufene Funktion)
- iii. Name der abgerufenen Datei und Antwortzeiten (angefragte URL inkl. Query-String)
- iv. Meldung, ob der Abruf erfolgreich war (HTTP Status Code)
- v. contact_id, user_id
- vi. Die ersten 6 Ziffern der session_id

Wenn das System einen Aufruf als Angriff identifiziert, wird der Aufruf geblockt und die IP Adresse gespeichert, damit das System vor Angriffen geschützt werden kann.

b. Email-Versand:

- i. Zeiten
- ii. ID der Email
- iii. Empfänger Email-Adresse
- iv. Absender Email-Adresse
- v. SMTP Antwort des Empfängers

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e DSGVO i. V. m. § 3 BDSG.

III. Auftragsverarbeitung

Für die Durchführung des Anmeldeverfahrens und den Betrieb der vorliegenden Webseite nutzt das Bundesverfassungsgericht die Dienste der Firma Buckow Enterprise Solution GmbH, Prinzregentenstrasse 1, 10717 Berlin, die die personenbezogenen Daten als Auftragsverarbeiter nach Weisung des Bundesverfassungsgerichts verarbeitet (Art. 28 DSGVO). Die Datenschutzerklärung des Dienstleisters erreichen Sie [hier](#).

IV. Ihre Rechte

1. Auskunftsrecht

Mit dem Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO) erhalten Sie Einsicht in die Sie betreffenden Daten und einige andere wichtige Kriterien wie beispielsweise die Verarbeitungszwecke oder die Dauer der Speicherung. Es gelten die in § 34 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

2. Recht auf Berichtigung

Mit dem Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO) erhalten Sie die Möglichkeit, Sie betreffende und unrichtige personenbezogene Daten korrigieren zu lassen.

3. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) gewährleistet, dass Sie bei Vorliegen der jeweiligen Voraussetzungen eine weitere Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten vorerst verhindern können. Eine Einschränkung tritt vor allem in der Prüfungsphase anderer Rechtswahrnehmungen ein.

4. Recht auf Löschung

Das Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO) beinhaltet die Möglichkeit, personenbezogene Daten beim Verantwortlichen löschen zu lassen. Dies ist allerdings nur dann möglich, wenn diese Daten nicht mehr notwendig sind, rechtswidrig verarbeitet werden oder eine diesbezügliche Einwilligung widerrufen wurde. Es gelten die in § 35 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

5. Widerspruchsrecht

Wenn die Verarbeitung Ihrer Daten Teil unserer öffentlichen Aufgaben ist oder wenn wir hierfür ein berechtigtes Interesse haben, haben Sie unter bestimmten Voraussetzungen ein Widerspruchsrecht (Art. 21 DSGVO). Zwingende Gründe können diesem Recht jedoch entgegenstehen.

6. Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung

Das Recht auf Widerruf (Art. 7 Abs. 3 DSGVO) gewährleistet, dass Sie eine datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit widerrufen können. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

7. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde – etwa bei der für das Bundesverfassungsgericht zuständigen Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit – zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO).

Bitte beachten Sie, dass die Aufsichtsbehörde nicht zuständig ist, soweit das Bundesverfassungsgericht personenbezogene Daten im Rahmen seiner justiziellen Tätigkeit verarbeitet.